Im Dezember 2010

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ **(0 5971) 7744**
✉ jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de

Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

GdP-Pressemitteilung

vom 02.12.10

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
das OVG in Münster sieht das Anlegen der Uniform nicht als Arbeitszeit. Nach Ansicht der Richter zählt lediglich das Anlegen der persönlichen Ausrüstungsgegenstände dazu. Das OVG begründet sein Urteil im Wesentlichen damit, dass Polizeibeamte ihre Uniform auch bereits zu Hause statt der Zivilkleidung anziehen könnten. Polizisten müssen nicht nur für die Bürger erkennbar sein, sondern sie müssen durch schwer entflammbare, besonders belastbare Kleidung vor den Gefahren des Berufsalltags geschützt sein. Deshalb wäre es folgerichtig gewesen, wenn das Gericht auch das Anlegen der Uniform zur Arbeitszeit gezählt hätte."
In einer ersten Reaktion hat Frank Richter die Begründung des Gerichts als lebensfremd kritisiert. Ob die GdP gegen die Entscheidung in Revision gehen wird, will sie nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegründung prüfen. Weil das OVG in seiner Entscheidung auch die Revisionsmöglichkeit verneint hat, müssten wir zunächst eine Nichtzulassungsbeschwerde einreichen.

Mitgliederversammlung am 07.12.2010 in der Gaststätte „Glanemann" in Saerbeck

-Eigner Bericht-

Zunächst begrüßte der GdP-Kreisvorsitzende **Klaus Büscher** die zahlreich erschienen Mitglieder, davon eine überraschend große Anzahl von Pensionären. Besonders aber auch den Bezirksvorsitzenden Lorenz Rojan, den Ehrenvorsitzenden Wilfried Lonnemann und den Vorsitzenden der Tarifkommission Josef Rodine.
Vom Landesvorsitzenden Frank Richter und übermittelte er die Beste Grüße. der wegen der Teilnahme an einem Verkehrsforum verhindert war.

Nach der Gedenkpause für die im Alter von 90 Jahren verstorbene Gertrud Limper kam B. zum nächsten Tagesordnungspunkt, dem Geschäftsbericht.

Der Durchschnitt der aktiven Beamten im Kreis beträgt 50 Jahre. In diesem Zusammenhang wies er auf frühzeitige Zurruhesetzung und den großen Arbeitsdruck, die zu einer erheblichen physischen und psychischen Belastungen der Beamten bei der Werteerfüllung führe.
Gesundheitsmanagement, lange Krankenzeiten, Pensionierungen ohne entsprechenden Nachersatz, waren weitere Berichtspunkte.

B. wies danach auf das schwierige Feld der Personallage hin.
Wegen des erheblichen Personalabbaus bekomme man trotz der Einstellungszahlen von 1100 bis 1400 Neueinstellungen keinen ausreichenden Nachersatz.
Die Aussagen der Landesregierung nähren die Hoffnung auf mehr Rechte auf Grund einer Änderung des LPVG.
Gewerkschaftthema ist auch die erschreckende Zunahme von Gewalt gegen die Polizei und bedarf dringend einer Änderung und Einführung eines § 115 ins STGB.
Bei der Laveparade waren auch Beamte des Kreises eingesetzt, allerdings zum Glück nicht in unmittelbarer Nähe der Katastrophe.
Auch die Schwierigkeiten beim IGVP wurden von B. in seinem Bericht angesprochen. Nach dem Einspielen eines Programms läuft IGVP noch immer nur einigermaßen.
Kom-Center oder Infocenter sind beim Polizeichef auch noch immer in der Planung.

Als neuer Landesvorsitzender wurde Bernhard Witthaut gewählt. Er stammt aus Georgsmarienhütte.

34 Rechtsschutzfälle sind Im vergangen Jahr bearbeitet worden, wobei auch grobe Fahrlässigkeit und z. B. falsche Betanken von Dienstfahrzeugen und 2 Fälle der Regresshaftpflicht enthalten sind. Die Regresshaftpflicht der GdP ist nicht mit einer Regresshaftpflichtversicherung zu vergleichen.
Die Mitgliederzahl ist im Vergleich zum Vorjahr mit 524 Mitgliedern fast gleich geblieben.
Leider fehle es bei der Solidargesinnung bei den Beamten immer mehr.

Bernhard Rojan, Vorsitzender GdP BV Münster berichtete danach aus der Landespolitik der Gewerkschaft. Schwerpunktthemen sind der Richtervorbehalt bei Blutproben, Geschwindigkeit mit Begrenzungen und das Gesundheitsmanagement mit Wiedereingliederungen von Behinderten und Kranken entsprechend dem 9. SGB.
Zum Gewerkschaftssituationsbericht führte er dann aus, dass es z. Z. nichts Wichtiges an politischen Entscheidungen gebe, da die Minderheitsregierung immer noch Verhandlungen mit der Linkspartei stehe.
So könne z.B. auch nichts über die Privatküchen und polizeieigene Einsatzküchen entschieden werden. Hier laufen auch noch längere Verträge.
Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
(sie wird ab 2008 nicht mehr gezahlt, *) siehe auch nachstehende E-Mail *„Ruhegehaltsfähige Polizeizulage“*)
und die Novellierung des LPVG sind Ziele der Gewerkschaft.
Im Tarifbereich sollen die jährlichen Streichungen von 256 Stellen rückgängig gemacht werden. Dazu sind im Januar Tarifverhandlungen geplant.

Nach einem kurzen Einblick zum Thema „Gewalt gegen Polizei“ erfolgte eine Pause zum Einnahmen eines Imbisses.

Zum Abschluss konnte der 1. Vorsitzende noch die Ehrungen einiger langjähriger Mitglieder vornehmen. Bei der Übergabe der entsprechenden Urkunden, verbunden mit kleinen Präsenten, wünschte er allen, unter Hinweis auf die Wetterlage, eine unfallfreie Heimfahrt.
Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Rolf Lohaus, Eckhard Rüschhoff,
für 40-jährige Mitgliedschaft: Josef Breulmann, Volker Cornelissen, Manfred Kühs, Dieter Heisig, Gustav Holz, Werner Franke, Günter Sparrenberg,
für 50-jährige Mitgliedschaft: Werner Recker, und
für 60-jährige Mitgliedschaft mit entschuldigter Abwesenheit wegen Krankheit: Wolfgang Kulessa.

- Ende -

*) Per E-Mail von Johannes Zimmermann zum Thema ***„Ruhegehaltsfähige Polizeizulage“:***
„Liebe Kollegen,
im Landes-Journal der DP (Ausgabe 12/2010) wurde der Artikel **„Ein starkes Jahr!“**
von einem angehenden Pensionär (31.01.2011) aufmerksam gelesen. Er fragte nach,
wann die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig wird und ob die
Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit dann auch rückwirkend eingeführt
wird.

Diese Frage habe ich an den Landesvorsitzenden Frank Richter weitergegeben und folgende

Antwort erhalten:

Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag auf Seite 71, Zeilen 3647 bis 3649 festgeschrieben:
"Im Rahmen der Dienstrechtsreform wollen wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr-, Polizei- und Justizzulage schaffen."
Angestrebt ist das Inkrafttreten der Reform zum 01.01.2013. Aber,- die Gesetze und deren Inhalte macht der Landtag.
Wir werden uns im Vorfeld in Gesprächen mit der Politik einbringen.

Diese Info zur Kenntnisnahme, falls in Deinem Zuständigkeitsbereich ähnliche Nachfragen zur Frage der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage vorliegen.“

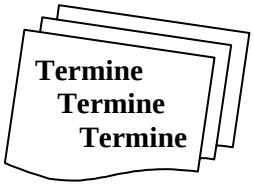
Gericht lässt Pflegenoten für Altenheime in NRW zu.

Informationsbedürfnis der Pflegebedürftigen wichtig.

Basieren die Noten für die Qualitätsprüfung der Pflege in einem Altenheim auf der neutralen, objektiven und sachkundigen Prüfung des medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) und sind auch im Einzelfall keine Fehlurteile erkennbar, kann eine Pflegenote vergeben und im Internet veröffentlicht werden. Das geht, wie das Internetportal recht-live.de berichtet, aus einem rechtskräftigen Beschluss des

Landessozialgerichts (LSG) Nordrhein-Westfalen (NRW) vom 15.11.2010 hervor (Az.: 10 P 76/10 B ER). Das LSG respektiert mit seiner Entscheidung den Willen des Gesetzgebers, schnell ein Instrument für mehr Transparenz bei Beurteilung der Pflegequalität zu schaffen. Das Informationsbedürfnis der Pflegebedürftigen sei wichtiger, so das Gericht, als abzuwarten, bis das Beurteilungssystem wissenschaftlich abgesichert auf einer fehlerfreien Grundlage stehe. Die Ansicht des nordrhein-westfälischen Landessozialgerichts über die Rechtmäßigkeit der Pflegenoten wird auch von den Landessozialgerichten Bayerns, Hessens, Sachsens und Sachsens Anhalts geteilt. Das Sozialgericht Münster hatte als Vorinstanz des LSG NRW in einer Eilentscheidung der Veröffentlichung der Beurteilung eines Pflegeheims widersprochen. Der Heimbetreiber sah sich ungerechtfertigt einer schlechten Bewertung ausgesetzt und fürchtete deshalb Wettbewerbsnachteile. Am 15. Dezember 2010 wird nun vor dem LSG NRW in Essen im Hauptsacheverfahren über die rechtliche Zulässigkeit des Pflege-TÜV verhandelt.

Quelle:
KIK, Kurzinformationen aus Ver.di-NRW



- Termine -

Das jährliche traditionelle ***„Grünkohlessen“*** findet am ***20. Januar 2011 in der Fischerhütte*** in Emsdetten-Austum statt.
Entsprechende schriftliche Einladungen gehen Euch noch persönlich zu.

Ich wünsche allen unseren Seniorinnen und Senioren, Kolleginnen und Kollegen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr,

Euer
GdP-Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-